



Kommission bislang zufrieden mit Qualität der eingereichten nationalen Aufbau- und Resilienzpläne

Erster strukturierter Dialog zwischen Europäischer Kommission und Europäischem Parlament

In einer gemeinsamen Sitzung des Haushaltsausschusses und des Ausschusses für Wirtschaft und Währung des Europäischen Parlaments (EP) befragten die Abgeordneten am 10.05.2021 Kommissionsexekutivizepräsidenten Valdis Dombrovskis sowie Wirtschafts- und Währungskommissar Paolo Gentiloni (KOM) zu den Fortschritten bei der Umsetzung der Aufbau- und Resilienzfähigkeit (ARF).

Strukturierter Dialog

Die Anhörung war der Auftakt eines strukturierten Dialogs zwischen EP und Kommission, der in einem zweimonatigen Rhythmus fortgeführt werden soll. Grundlage ist Artikel 26 der Verordnung ((EU)2021/241) vom 12.02.2021 zur Einrichtung der ARF. Um den Dialog zwischen den Organen der Union, insbesondere zwischen dem EP, dem Rat und der Kommission, zu fördern und für ein höheres Maß an Transparenz und Rechenschaftspflicht zu sorgen, sieht er vor, dass der zuständige Ausschuss des EP die Kommission alle zwei Monate ersuchen kann, gemeinsam bestimmte Themen im Zusammenhang mit der ARF zu erörtern. Zu den in Artikel 26 enumerativ aufgezählten Themen gehört z.B. die Bewertung der Aufbau- und Resilienzpläne der Mitgliedstaaten.

Auswirkungen der ARF und Sachstand

Nach den Schätzungen der Kommission könnte die ARF in den nächsten fünf Jahren zu einem Wachstumseffekt von 2% des BIP und zur Schaffung von zwei Millionen neuer Arbeitsplätze führen. Die Auswirkung der ARF sei allerdings – so die Kommission in der Anhörung – bei den einzelnen Mitgliedstaaten im Verhältnis zum BIP sehr unterschiedlich. Das ändere aber nichts daran, dass alle Mitgliedstaaten einen hochwertigen Aufbau- und Resilienzplan einreichen müssten. Zum Zeitpunkt der Anhörung am 10.05.2021 hatten 14 Mitgliedstaaten ihre offiziellen Aufbau- und Resilienzpläne eingereicht. Inzwischen zogen mit Ungarn (am 12.05.2021), Kroatien und Litauen (am 15.05.2021) drei weitere Mitgliedstaaten nach. Weitere Pläne werden im Laufe des Monats und Anfang Juni erwartet.

Ab Einreichung bewertet die Kommission den jeweiligen Plan nach elf Kriterien, die in der maßgeblichen Verordnung festgelegt sind. Hierbei geht es u.a. darum, ob die geplanten Investitionen und Reformen zur wirksamen Umsetzung der entsprechenden länderspezifischen Empfehlungen beitragen oder die Umwelt nicht erheblich beeinträchtigen. Des Weiteren müssen mindestens 37% der Gesamtausgaben für Investitionen und Reformen zugunsten der Klimaziele, mindestens 20% für den digitalen Wandel vorgesehen sein. Für die Bewertung hat die Kommission zwei Monate Zeit. Sie fließt in einen Beschlussentwurf ein, der vom Rat innerhalb eines Monats mit qualifizierter Mehrheit anzunehmen ist. Anschließend könnte dann die erste Auszahlung – 13% der für den betreffenden Mitgliedstaat insgesamt vorgesehen Mittel – erfolgen. Bei Erfüllung erster Meilensteine sei eine weitere Auszahlung Ende des Jahres möglich. Voraussetzung dafür, dass überhaupt Auszahlungen auf der Grundlage der ARF erfolgen können, ist die gesicherte Finanzierung. Grundlage hierfür wiederum ist die Ratifizierung des Eigenmittelbeschlusses in allen Mitgliedstaaten. Mit Irland und Estland haben inzwischen zwei weitere Mitgliedstaaten den Eigenmittelbeschluss ratifiziert. Damit steht die Ratifizierung noch in sechs Mitgliedstaaten aus: Finnland, Österreich, Ungarn, den Niederlanden, Polen und Rumänien.

Erste Einschätzung der Pläne

Die Kommission zeigte sich mit dem bislang Erreichten zufrieden. Ohne der laufenden Bewertung vorgeifen zu wollen, sei die Qualität der eingereichten nationalen Pläne im Großen und Ganzen gut, wenngleich eine Feinabstimmung notwendig sei und es eine Herausforderung gewesen sei, geeignete Reformen zu finden. Der enge und konstruktive Austausch mit den nationalen Regierungen in den letzten Monaten habe sich ausgezahlt. Hierdurch habe sichergestellt werden können, dass die Pläne bei Einreichung keine signifikanten Schwächen mehr hätten. So zeigten sie insgesamt ein

Die Landesvertretung Nordrhein-Westfalen in Brüssel informiert



ausgewogenes Verhältnis von Reformen und Investitionsvorhaben, eine starke soziale Komponente und auch die Klima- und Digitalziele würden erreicht. Weitere Arbeit stehe bei der Definition von Meilensteinen und Zielen an. Die Hauptschwierigkeit für viele Mitgliedstaaten werde allerdings darin bestehen, alles das umzusetzen, wozu sie sich schriftlich verpflichtet hätten.

Im Hinblick auf das seitens der ARF grundsätzlich bereitgestellte Kreditvolumen i. H. v. 360 Mrd. Euro (Zuschüsse 312,50 Milliarden Euro) wies die Kommission darauf hin, dass bislang sieben bis acht Mitgliedstaaten Darlehen in beträchtlicher Höhe beantragt hätten. Mit weiteren Anfragen werde gerechnet. Kredite könnten noch bis August 2023 beantragt werden.

Permanentes Konjunkturlilfeinstrument / Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts

Auf die Frage nach einem permanenten Konjunkturlilfeinstrument stellte die Kommission klar, dass die ARF definitiv eine temporäre Initiative sein werde. Die Diskussion über eine permanente Struktur sei verfrüht. Je erfolgreicher die ARF sein werde, desto wahrscheinlicher werde allerdings die Diskussion über ein dauerhaftes Instrument nach gleichem Modell. Wichtig für eine etwaige Wiederholung in der Zukunft sei u.a., weitere Einnahmequellen auf EU-Ebene zu schaffen.

Zur Frage nach einer möglichen Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts betonte die Kommission, dass die wegen der Corona-Pandemie ausgesetzte öffentliche Konsultation zur Economic Governance Review fortgeführt werde, sobald sich die wirtschaftliche Erholung verfestige. Das Ergebnis der Diskussion könne nicht vorweggenommen werden. Es sei aber nur mit gezielten Anpassungen im Rahmen der EU-Verträge zu rechnen. Hierbei seien u.a. neben den hohen Schuldenständen auch Investitionserfordernisse im Zusammenhang mit der Transition der Wirtschaft zu berücksichtigen. Anpassungen könnten letztlich nur im Konsens erfolgen.

Weiterführende Informationen:

<https://www.europarl.europa.eu/news/en/press-room/20210510IPR03808/scrutiny-begins-of-eu-multi-billion-euro-recovery-funds>